

# Niederschrift

## RAT/VII/12

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 26.01.2006 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

### **Anwesend waren:**

#### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

#### Die Ratsmitglieder

Branse, Martin  
Everding, Clara  
Fedder, Ralf  
Fliß, Thomas  
Haßler, Christa  
Henken, Theodor  
Isfort, Mechthild  
Kuhl, Horst  
Löchtefeld, Klaus  
Mensing, Hartwig  
Neumann, Michael  
Reints, Hermann  
Riermann, Günter  
Rottmann, Josef  
Schenk, Klaus  
Schröer, Martin  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Tendahl, Ludgerus  
Weber, Winfried  
Wessendorf, Ulrich

#### Von der Verwaltung

|                  |                       |
|------------------|-----------------------|
| Gottheil, Erich  | Allgemeiner Vertreter |
| Wellner, Norbert | Fachbereichsleiter    |
| Roters, Dorothea | Schriftführerin       |

### **Es fehlten entschuldigt:**

#### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Newman, Claudia  
Niehues, Hubert  
Wünnemann, Werner

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:40 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie den Vertreter der Presse, Herrn Wittenberg.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 17. Januar 2006 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **2 Einführung und Verpflichtung eines Ratsmitgliedes gemäß § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung Vorlage: VII/290**

Bürgermeister Niehues führte gemäß § 67 Abs. 3 GO das neue Ratsmitglied, Herrn Klaus Schenk, ein und verpflichtete ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Herr Schenk sprach hierzu die entsprechende Verpflichtungsformel.

Anschließend gratulierte Bürgermeister Niehues Herrn Schenk, hieß ihn im Rat willkommen und äußerte seinen Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit.

### **3 Wiederbesetzung eines freigewordenen Ausschusssitzes im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sowie stellvertretenden Ausschusssitzes im Haupt- und Finanzausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Schul- und Bildungsausschuss, Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss, Werksausschuss sowie im Ver- und Entsorgungsausschuss Vorlage: VII/289**

Nach Auskunft des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Steindorf, solle das neue Ratsmitglied sämtliche Funktionen in den genannten Ausschüssen übernehmen, die zuvor vom ausgeschiedenen Ratsmitglied, Herrn Sippli, wahrgenommen wurden.

Der Rat fasste daraufhin folgenden **Beschluss**:

Das neue Ratsmitglied, Herr Klaus Schenk, wird als ordentliches Mitglied für den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss und als stellvertretendes Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss, im Rechnungsprüfungsausschuss, im Schul- und Bildungs-

ausschuss, im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss, im Werksausschuss und im Ver- und Entsorgungsausschuss gewählt. Die stellvertretende Mitgliedschaft in den vorgenannten Ausschüssen wird an der Stelle (Reihenfolge) wahrgenommen, die auch das frühere Ratsmitglied, Herr Sippli, inne hatte.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

**4 Bestellung von Vertretern für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Musikschule der Gemeinden Billerbeck, Coesfeld und Rosendahl  
Vorlage: VII/291**

Laut Auskunft des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Steindorf, solle Herr Schenk als Nachfolger für Herrn Sippli eingesetzt werden.

Daraufhin fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Das neue Ratsmitglied, Herr Klaus Schenk, wird als Vertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Musikschule der Gemeinden Billerbeck, Coesfeld und Rosendahl bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

**5 Bestellung je eines persönlichen Stellvertreters für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld sowie für die Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes  
Vorlage: VII/292**

Laut Auskunft des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Steindorf, solle Herr Schenk als Nachfolger für Herrn Sippli eingesetzt werden.

Daraufhin fasste der Rat folgenden **Beschluss:**

Für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld und für die Mitgliederversammlung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes wird Herr Klaus Schenk als ordentliches Mitglied bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

**6 Neufassung der Entgeltregelungen für die Wasserversorgung in der Gemeinde Rosendahl**

**Vorlage: VII/284**

Bezug: Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschusses vom 18.01.2006, TOP 4

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Ver- und Entsorgungsausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die Entgeltregelungen für die Versorgung mit Wasser werden mit Wirkung vom 01.01.2006 wie folgt festgelegt:

1. Baukostenzuschuss

|                                                                                     |   |          |
|-------------------------------------------------------------------------------------|---|----------|
| a) Grundbetrag (für Grundstück bis 600 qm)                                          | = | 770,00 € |
| b) Zuschlag je weitere angefangene 100 qm<br>(bis höchstens 1.550,00 € Gesamtsumme) | = | 77,00 €  |

2. Hausanschlusskosten

|                                                                                                                      |   |          |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|----------|
| a) Grundbetrag je Anschluss                                                                                          | = | 640,00 € |
| b) Einheitsbetrag je lfdm Anschlussleitung<br>(gerechnet von der Grundstücksgrenze bis<br>zum Wasserzähler einschl.) | = | 29,50 €  |

3. Wasserpreise

|                                                 |   |          |
|-------------------------------------------------|---|----------|
| a) Grundpreis für Zähler                        |   |          |
| bis 5 cbm/h                                     | = | 8,00 €   |
| bis 10 cbm/h                                    | = | 20,00 €  |
| bis 20 cbm/h                                    | = | 41,00 €  |
| b) für Großwasserzähler                         |   |          |
| bis 80 mm Nennweite                             | = | 82,00 €  |
| bis 100 mm Nennweite                            | = | 110,00 € |
| c) für Standrohre (je Standrohr)<br>werktäglich | = | 1,00 €   |
| d) Verbrauchspreis je cbm                       | = | 1,20 €.  |

Die festgesetzten Beträge sind Nettobeträge, die Mehrwertsteuer in der jeweiligen gesetzlichen Höhe wird zusätzlich geltend gemacht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 **40. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld  
(Bereich 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße")  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: VII/268**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006, TOP 2

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 40. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/268 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dabei ist dem Plan A der Urzustand; die Änderung dem Plan B zu entnehmen. Beide Pläne sind Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8      2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld**  
**hier:   Aufstellungsbeschluss   gemäß   §   2   Baugesetzbuch   (BauGB)**  
**Vorlage: VII/269**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006, TOP 3

Nach kurzer Erläuterung durch Bürgermeister Niehues folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 2. Erweiterung des Bebauungsplanes "Nördlich der Höpinger Straße" im Ortsteil Darfeld wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/269 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9      38. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick (Bereich "Schleestraße")**  
**hier:   Aufstellungsbeschluss   gemäß   §   2   Baugesetzbuch   (BauGB)**  
**Vorlage: VII/270**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006, TOP 4

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte anhand von Folien kurz die Pläne zu diesem Tagesordnungspunkt und verwies dabei auch inhaltlich auf den TOP 10.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 38. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/270 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dabei ist dem Plan A der Urzustand; die Änderung dem Plan B zu entnehmen. Beide Pläne sind Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10 Aufstellung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: VII/271**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006,  
TOP 5

Nachdem Fachbereichsleiter Wellner bereits unter TOP 9 hierzu Erläuterungen gegeben hatte, folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Schleestraße" im Ortsteil Holtwick wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/271 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11 39. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick  
(Bereich Bebauungsplan "Sportzentrum")  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)  
Vorlage: VII/272**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006,  
TOP 6

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte kurz die Pläne anhand von Folien. Unter anderem ging er auf Nachfrage von Ratsmitglied Henken auf die Zuwegungsmöglichkeiten ein.

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 39. Änderung des Flächennutzungsplanes im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/272 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dabei ist dem Plan A der Urzustand; die Änderung dem Plan B zu entnehmen. Beide Pläne sind Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 1. Änderung des Bebauungsplanes "Sportzentrum Osterwick" im Ortsteil Osterwick**  
**hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB)**  
**Vorlage: VII/273**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006,  
TOP 7

Der Rat folgte nach kurzer Erläuterung durch Fachbereichsleiter Wellner dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Das Verfahren zur 1. Änderung des Bebauungsplanes "Sportzentrum Osterwick" im Ortsteil Osterwick wird gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/273 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB wird durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im Ortsteil Holtwick**  
**hier: Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2 Abs. 2, 3, 4 und 2a**  
**sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**  
**Vorlage: VII/283**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006,

## TOP 8

Fachbereichsleiter Wellner stellte noch einmal kurz die neue, unter Berücksichtigung der eingegangenen Anregungen und Bedenken erstellte Planung im Vergleich zur ursprünglichen Planung vor.

Ratsmitglied Neumann wies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der Pestel-Studie hin und wertete die vorgenommenen Modifizierungen der Pläne als wichtig für die gewünschte Entwicklung zu einer familienfreundlichen Gemeinde.

Weiterhin erkundigte er sich, ob auch außerhalb des Baugebietes Ausgleichsflächen ausgewiesen würden.

Fachbereichsleiter Wellner teilte mit, dass zur Zeit noch entsprechende Berechnungen angestellt würden, da sich der Bedarf an Ausgleichsflächen durch die geänderten Pläne nahezu verdoppelt habe. Er könne daher hierzu noch keine abschließende Beantwortung liefern.

Ratsmitglied Weber regte an, im Gräftenbereich Ausgleichsflächen zu schaffen.

Ratsmitglied Kuhl entgegnete hierauf, dass diesbezüglich seitens der CDU-Fraktion keine Änderungen mitgetragen würden.

Ratsmitglied Branse wies darauf hin, dass noch genügend Beratungsmöglichkeiten bestünden.

Ratsmitglied Mensing verwies zunächst auf den hinlänglich bekannten Standpunkt seiner Fraktion zum Thema Ausgleichsflächen hin. Er bat dann um Auskunft, wann der Ausbau der Zufahrt zum Baugebiet vorgesehen sei, welche Kosten damit verbunden seien und an welcher Stelle die Finanzierung geplant sei. Insbesondere wies er darauf hin, dass der Straßenabschnitt des Görtfelds (von der Verlängerung der Gustav-Böcker-Straße bis zum Baugebiet) sehr schmal sei und jetzt zwar nur von Anliegern und Landwirten genutzt würde, nach Fertigstellung des Baugebietes aber voraussichtlich von den zahlreichen Anliegern befahren werde. Er habe Bedenken, dass die Straße hierfür zu wenig Platz für den Begegnungsverkehr böte.

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte, dass diese Trasse bewusst als Erschließungsstraße für den Baustellenverkehr gewählt worden sei, um die Anlieger der anderen umliegenden Straßen zu entlasten. Im Rahmen der anstehenden Haushaltsplanberatungen würde die Finanzierung mitberaten. Der erwähnte Streckenabschnitt des Görtfelds sei definitiv für die Erschließung vorgesehen und solle in erster Linie dem Schwerlastverkehr für die Anlieferung der Baustellen vorbehalten sein. Eine weitere Erschließungsstraße käme allerdings noch hinzu. Nach der endgültigen Fertigstellung bestünde dann an rund 10 Stellen im Baugebiet die Möglichkeit, das Gebiet zu verlassen. Er könne daher die Bedenken von Herrn Mensing nicht teilen.

Bürgermeister Niehues dankte Ratsmitglied Mensing für die Anregung, die in den weiteren Beratungen berücksichtigt werden könne. Es sollten jedoch zunächst Erfahrungswerte gesammelt werden, um die tatsächlichen Verkehrsflüsse einschätzen zu können.

Ratsmitglied Branse wies darauf hin, dass es für Detailfragen zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh sei. Wichtig sei vielmehr, nunmehr den Offenlegungsbeschluss zu fassen.

Der Rat folgte anschließend dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der geänderte Planungsstand wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/283 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Der in der Sitzung vorgestellte geänderte Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

- 14 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Niehoff's Kamp" im Ortsteil Osterwick**  
hier: **Prüfung der Stellungnahmen gemäß §§ 2 Abs. 2, 3, 4 und 2a**  
**sowie Offenlegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch** (BauGB)  
**Vorlage: VII/247**

Bezug: Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 19.01.2006, TOP 9

Ratsmitglied Weber erinnerte daran, dass er im Ausschuss gegen den Beschlussvorschlag gestimmt habe, da seine Fraktion grundsätzlich keine uniformen Ortsbilder wünsche. Er plädiere daher weiterhin für eine möglichst geringe Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang fragte er nach, ob die Aussage des in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses anwesenden Architekten, wonach ein Bauherr ggf. sein Objekt völlig in Richtung Süden ausrichten dürfe, korrekt gewesen sei.

Fachbereichsleiter Wellner verneinte dies. Diese Aussage sei falsch. Eine Ost-West-Firstrichtung sei festgesetzt, jede andere Ausrichtung würde gegen diese Festsetzung verstoßen. Ein entsprechender Bauantrag müsse daher abgelehnt werden.

Daraufhin stellte Ratsmitglied Weber für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den **Antrag**, die Möglichkeit einer freien Wahl der Firstrichtung zu schaffen.

Ratsmitglied Neumann vertrat die Auffassung, dass zu enge Festsetzungen Bauwillige abschrecken könnten, was nicht im Sinne der Gemeinde sein könne.

Ratsmitglied Steindorf gab für seine Fraktion bekannt, dass dieses Thema inhaltlich abgeschlossen sei und die Gemeinde Rosendahl dennoch familienfreundliche Politik betreibe.

Dieser Auffassung schloss sich auch Ratsmitglied Kuhl an, schließlich könne man beobachten, welche Grundstücke zuerst und zuletzt nachgefragt würden und anschließend ggf. Rückschlüsse daraus ziehen.

Hinsichtlich der Ausrichtung der Firstrichtung erkundigte sich Ratsmitglied Henken nach der Toleranzgrenze im Falle von Abweichungen.

Fachbereichsleiter Wellner teilte mit, dass Abweichungen von 3 bis 4 Grad noch genehmigt würden.

Fraktionsvorsitzender Branse bat daraufhin um Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Bürgermeister Niehues stellte zunächst den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung, wonach für die Grundstücke 1 bis 7 eine völlige Südausrichtung des Firstes ermöglicht werden solle.

Abstimmungsergebnis:        17 Nein-Stimmen  
                                      4 Ja-Stimmen  
                                      2 Enthaltungen

Damit war der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Der Rat folgte sodann dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Der geänderte Planungsstand unter Berücksichtigung der vorhergehenden Beratungen wird anerkannt und den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/247 beigefügten Empfehlungen zugestimmt.

Der in der Sitzung vorgestellte geänderte Planentwurf nebst dem Entwurf der Begründung und des Umweltberichtes wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:        einstimmig

## **15        Mitteilungen**

### **15.1     Aktueller Sitzungskalender 1. Halbjahr 2006**

Bürgermeister Niehues verwies auf den ausgehändigten aktuellen Sitzungskalender und wies darauf hin, dass die ursprünglich für den 8. März vorgesehene Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses auf den 22. März verschoben worden sei. Dies hänge mit dem Beratungsbedarf hinsichtlich der Pläne für eine Offene Ganztagsgrundschule zusammen. Außerdem bestünde dann für den Bewerber der neuen Schulleitung der Gemeinschaftshauptschule die Möglichkeit, sich in diesem Gremium vorzustellen.

Zusätzlich sei eine weitere Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 31. Mai geplant. Auf der Tagesordnung sollen dann Anregungen und Themen der Schulleitungen stehen.

## **15.2 Stellungnahmen zum Thema "Offene Jugendarbeit in Rosendahl"**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass zum Thema „Offene Jugendarbeit in Rosendahl“ anlässlich der Beratungen im Fachausschuss und im Rat Stellungnahmen eingegangen seien. Hierbei handele es sich um

1. eine Stellungnahme des Trägers der Maßnahme, der drei örtlichen Kirchengemeinden sowie deren Kirchenvorstände
2. eine Stellungnahme der pädagogischen Fachkraft, Herrn Druffel-Severin
3. sowie um einen offenen Brief zu diesem Thema von Herrn Felix Hannig.

Er sei gebeten worden, den Rat hierüber in Kenntnis zu setzen und schlug vor, die drei Schreiben der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Ratsmitglied Steindorf bat darum, dass die Schreiben in der Sitzung verlesen würden.

Bürgermeister Niehues kam diesem Wunsch, der die Zustimmung der Anwesenden fand, nach.

Die Schreiben sind der Niederschrift als **Anlagen I-III** beigefügt.

## **15.3 Übersicht der durch das Schneeeunwetter im November 2005 entstandenen Kosten für die Gemeinde Rosendahl**

Bürgermeister Niehues bezog sich auf eine Nachfrage in der letzten Ratssitzung am 15. Dezember 2005 bezüglich der aufgrund des Schneeeunwetters am letzten Novemberwochenende entstandenen Kosten für die Gemeinde.

Mittlerweile lägen die entsprechenden Rechnungen und Aufstellungen vor. Diese entsprechende Übersicht ist der Niederschrift als **Anlage IV** beigefügt.

Seitens der RWE würde allerdings ein Teilersatz der Kosten vorgenommen, jedoch nur, soweit die Kosten zur Wiederherstellung der Stromversorgung angefallen seien. Der Kreis Coesfeld übernehme die Sammlung dieser Aufstellungen für alle betroffenen Gemeinden und leite diese dann gesammelt an die RWE zur Regulierung weiter.

## **15.4 Sachstandsbericht zur Überprüfung der Statik der Dachkonstruktion der Zweifachsporthalle in Rosendahl-Osterwick**

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab einen Sachstandsbericht zur Statik der Dachkonstruktion der Zweifachsporthalle in Rosendahl-Osterwick, insbesondere vor dem Hintergrund der durch die extreme Witterung der vergangenen Wochen ggf. zu prüfenden Einsturzgefährdungen.

Er teilte mit, dass bereits im Jahr 2001 eine Sanierung der Leimbinder im Firstbereich durchgeführt worden sei. Im Anschluss an das Schneewetter Ende November 2005 sei die Tragkonstruktion sowohl von den Hausmeistern, als auch von einem örtlichen Zimmermeister begutachtet worden. Dabei seien feine Haarrisse an den Untergurten der Binder festgestellt worden. Eine akute Gefährdung könne jedoch ausgeschlossen werden. Um restliche Zweifel auszuräumen, werde baldmöglichst ein spezialisierter Statiker mit einer entsprechenden Überprüfung beauftragt werden. Die Kosten hierfür würden sich voraussichtlich auf etwa 1.000,00 € belaufen.

## **15.5 Sachstandsbericht zur Vermarktung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke**

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab einen Sachstandsbericht zur Vermarktung der gemeindlichen Grundstücke. Er bezog sich dabei auf eine diesbezügliche Anfrage von Ratsmitglied Steindorf in der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 19.01.2006.

Er berichtete, dass umfangreiche Informationen über das Grundstücksangebot in Rosendahl weitergegeben würden. Zum einen sei mehrfach in der örtlichen Presse über die Familienförderung berichtet worden, zuletzt noch im Dezember 2005. Desweiteren würden Wohnbaugrundstücke seit geraumer Zeit auf der Homepage der Gemeinde Rosendahl im Internet vorgestellt.

In vielzähligen Gesprächen mit Banken und Sparkassen würde regelmäßig auf das Grundstücksangebot hingewiesen. Auf die Schaltung von Verkaufsanzeigen würde aus Kostengründen verzichtet, da diese erfahrungsgemäß wenig Beachtung fänden.

Seit der Einführung der Familienförderung (01.07.2005) seien bis dato insgesamt 6 Wohngrundstücke verkauft worden, in einem der Fälle unter Inanspruchnahme der Familienförderung für drei Kinder.

Derzeit verfüge die Gemeinde noch über 13 Grundstücke im Baugebiet „Nord-West“ in Darfeld, 3 Grundstücke im Baugebiet „Haus Holtwick“ (I. BA) und 4 Grundstücke im Baugebiet „Kleikamp I“ in Osterwick.

Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Wessendorf hinsichtlich umfangreicherer Informationen im Internet verwies er darauf, dass sich die Internet-Darstellung noch im Aufbau befände und demnächst noch informativer gestaltet sein würde.

## **15.6 Bautenstandsbericht zur Maßnahme Umkleidegebäude Holtwick**

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab einen Sachstandsbericht zur Erweiterung und Modernisierung des Umkleidegebäudes im Sportzentrum Holtwick auf der Grundlage des Bautenstandsberichtes des die Maßnahme begleitenden Architekten. Dieser Bericht ist der Niederschrift als **Anlage V** beigefügt.

## **16 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO**

### **16.1 Überlegungen zur Förderung sonderpädagogischer Klassen bzw. integrativen Unterrichts - Frau Haßler**

Ratsmitglied Haßler erkundigte sich, welche Überlegungen hinsichtlich sonderpädagogischem Förderbedarf bzw. der Einführung von integrativen Klassen angestellt würden.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass beide Aspekte mit den Schulleitungen diskutiert würden, soweit sie noch nicht, wie in Darfeld geschehen, verwirklicht seien. Hierzu seien aber Beschlüsse in den Schulgremien erforderlich. Der Beratungsbedarf erfordere insofern auch die zusätzlich anberaumte Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses. Auch an der Gemeinschaftshauptschule sei nach Auslaufen der sonderpädagogischen Fördergruppe eine integrative Lösung denkbar. Momentan sei aber die Anzahl der infrage kommenden Schüler vor Ort noch zu gering. Das könne sich zukünftig nur ändern, wenn auch an den anderen Grundschulen integrativer Unterricht angeboten würde.

### **16.2 Protokollergänzung zur Offenen Jugendarbeit - Herr Weber**

Ratsmitglied Weber merkte an, dass er im letzten Protokoll der Ratssitzung vom 15.12.2005 die Äußerungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Steindorf, zu seiner Stellungnahme bezüglich der Offenen Jugendarbeit vermisst habe. Ratsmitglied Steindorf habe ihm „asoziales Verhalten“ und „Hasstiraden“ vorgeworfen, was auch eine entsprechende Erwähnung in der Tagespresse zur Folge gehabt habe.

Bürgermeister Niehues bestätigte dies und erkundigte sich bei Ratsmitglied Weber, ob er auf einer Ergänzung der Niederschrift vom 15.12.2005 bestünde oder ein entsprechender Hinweis in der aktuellen Niederschrift ausreiche. Ratsmitglied Weber erklärte sich mit dem letzten Vorschlag einverstanden.

### **16.3 Höhe der gemeindlichen Personal- und Sachkosten für die Offene Jugendarbeit in Rosendahl - Herr Weber**

Ratsmitglied Weber erkundigte sich nach der Höhe der gemeindlichen Sach- und Personalkosten für die Offene Jugendarbeit in Rosendahl.

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab einen kurzen Überblick.

Bürgermeister Niehues sagte zu, eine genaue Aufstellung, die auch die vergangenen Jahre berücksichtige, mit der Niederschrift nachzuliefern. Diese Aufstellung ist der Niederschrift als **Anlage VI** beigefügt.

#### **16.4 Form der Protokollführung - Herr Schröder**

Ratsmitglied Schröder regte an, in Zukunft verstärkt Ergebnisprotokolle anzufertigen, um den Arbeitsaufwand zu reduzieren. Diesen Vorschlag konnte Ratsmitglied Weber nicht gutheißen. Er bevorzugte auf jeden Fall Niederschriften in der jetzigen Art, da sie hilfreich seien, um auch später noch Zusammenhänge und Entscheidungen nachvollziehen zu können.

#### **16.5 Vertreterliste des Ver- und Entsorgungsausschusses - Herr Steindorf**

Ratsmitglied Steindorf wies darauf hin, dass in der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 15.12.2005 nicht festgehalten worden sei, dass er den 1. Platz auf der Vertreterliste des Ver- und Entsorgungsausschusses einnehmen wolle.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass Ratsmitglied Steindorf so verstanden worden sei, dass er den Platz mit Ratsmitglied Schröder auf der Vertreterliste tauschen wolle. Dieser hätte aber zuvor dort den 3. Platz eingenommen. Eine Änderung der Reihenfolge könne aber durch Beschluss in der nächsten Ratssitzung am 16.02.2006 erfolgen, eine entsprechende Sitzungsvorlage würde hierzu vorbereitet.

#### **16.6 Einrichtung eines Halteverbotes im Bereich der Marienkirche Höven - Herr Neumann**

Ratsmitglied Neumann regte an, im Bereich der Marienkirche in Osterwick-Höven an der K 41 ein einseitiges Park- bzw. Halteverbot auszusprechen. Durch die zeitweilig dort abgestellten Fahrzeuge sei hier eine Unfallgefährdung nicht auszuschließen. Ein Verbot könne dazu beitragen, dass der vorhandene Parkraum in unmittelbarer Nähe der Kirche besser genutzt würde.

Bürgermeister Niehues erklärte, die Anregung in die Niederschrift aufzunehmen.

#### **16.7 Erläuterungen zur geplanten "Jugendparty" in 2004 - Herr Neumann**

Ratsmitglied Neumann erklärte in Bezug auf die unter TOP 15.2 ö.S. verlesenen Stellungnahmen, dass im Jahr 2004 im Rahmen des Kommunalwahlkampfes keine Wahlparty der WIR-Fraktion geplant gewesen sei, sondern ausschließlich eine „Jugendparty“, um das Freizeitangebot für diese Altersklasse zu verbessern.

#### **16.8 Sachstand zum Antragsvolumen bezüglich der Grundsteuer B - Herr Reints**

Ratsmitglied Reints fragte nach, wie viele Widersprüche bzw. Anträge bezüglich einer Aufhebung bzw. Neuveranlagung des Grundsteuerbescheides bislang bei der Gemeinde Rosendahl eingegangen seien.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass einige Widersprüche eingegangen seien. Soweit sie zurückliegende Steuerbescheide betrafen, seien diese wegen Verfristung abgelehnt worden. Alle weiteren Anträge seien - wie auch vorgesehen - an das zuständige Finanzamt weitergeleitet worden, da es sich um Anträge bezüglich der Festsetzung des Einheitswertes und Messbetrages handele, nicht aber der Hebesatz der Gemeinde überprüft werden müsse. Bürgermeister Niehues wies zudem darauf hin, dass eine Antragstellung auch nur für eigengenutztes Eigentum infrage komme. Ansonsten sei die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Verfassungsmäßigkeit der Grundsteuer B abzuwarten. Sollte die Steuer als nicht verfassungskonform eingestuft werden, könne dies erhebliche Einnahmeausfälle für die Gemeinde bedeuten.

Im übrigen hielte das Finanzamt für diese Zwecke eigens Mustervordrucke bereit. Auch auf der Internetseite der Gemeinde Rosendahl würde auf die Möglichkeit der Antragstellung hingewiesen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil ergänzte, dass nach einer aktuellen Stellungnahme des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes die Erfolgsaussichten der Klage als sehr gering eingestuft würden.

#### **16.9 Beratungsbedarf zur Ampelanlage an der B 474 im Ortsteil Holtwick - Herr Mensing**

Ratsmitglied Mensing erklärte, dass seitens der WIR-Fraktion noch Fragen und Beratungsbedarf bezüglich der geplanten Fußgängerampelanlage an der B 474 in Holtwick bestünde. Er regte daher an, dieses Thema in der nächsten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses zu berücksichtigen und zuvor eine entsprechende Ortsbesichtigung vorzusehen.

Bürgermeister Niehues nahm diese Anregung auf und sagte eine entsprechende Berücksichtigung zu.

#### **16.10 Stellungnahme zu Vorwürfen im Rahmen der Offenen Jugendarbeit - Frau Everding**

Ratsmitglied Everding erklärte, dass sie im Zusammenhang mit der Diskussion um die Offene Jugendarbeit in Rosendahl nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe und sie sich nunmehr an den Bischof wenden würde.

#### **16.11 Glättegefahr auf dem Weg Lengers Kämpchen in Osterwick - Frau Everding**

Ratsmitglied Everding fragte nach, ob die in den letzten Tagen feststellbare Glätte auf dem Weg „Lengers Kämpchen“ auf die erneuerte Fahrbahndecke zurückzuführen

ren sei.

Fachbereichsleiter Wellner erläuterte, dass allgemein Glätte zu verzeichnen gewesen sei und verwies zudem auf die Streupflicht der Anlieger.

#### **16.12 Darstellung von Anlagen zu Sitzungsvorlagen im Internet - Herr Wessendorf**

Ratsmitglied Wessendorf erkundigte sich, warum einige Anlagen im Rats- und Sitzungsdienst des Internets nicht vorhanden bzw. nicht zu öffnen seien.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

#### **16.13 Auf den Stock Setzen einer Hecke in der Bauerschaft Horst in Osterwick - Herr Schulze Baek**

Ratsmitglied Schulze Baek teilte mit, dass in der Bauerschaft Horst in Osterwick von einem privaten Eigentümer eine Hecke auf den Stock gesetzt werde und er den Eindruck habe, dass dieses nicht fachgerecht vorgenommen würde.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass diese Maßnahme in Abstimmung mit der Verwaltung geschehe und geprüft worden sei, dass eine fachmännische Erledigung erfolge. Dennoch würde die Maßnahme umgehend geprüft.

#### **16.14 Prüfung der Geschäftsordnung bezüglich einer Neugestaltung hinsichtlich des Fragerechts der Ratsmitglieder - Herr Steindorf**

Ratsmitglied Steindorf regte an, die Geschäftsordnung einer Überprüfung insbesondere hinsichtlich des Fragerechts der Ratsmitglieder zu unterziehen.

Bürgermeister Niehues nahm diese Anregung zur Kenntnis.

#### **17 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO**

##### **17.1 Verschmutzung von Gehwegen durch Hundekot - Herr Strahl**

Herr Strahl beklagte die zunehmende Verschmutzung von Gehwegen durch Hundekot und regte an, seitens der Gemeinde sogenannte „Hundetüten“ bereitzustellen, um die Situation zu verbessern.

Bürgermeister Niehues dankte Herrn Strahl für die Anregung, gab aber zu bedenken, dass dies in den vergangenen Jahren bereits praktiziert worden, der gewünschte Erfolg aber ausgeblieben sei. Dennoch hielt er es für angebracht, einen neuen Versuch in dieser Hinsicht zu unternehmen.

## **17.2 Ausführungen des Bürgermeisters zur Windkraftthematik - Herr Pier**

Herr Pier äußerte sich lobend über einen Vortrag von Bürgermeister Niehues, in dem dieser über den Sachstand zum Thema Windkraftanlagen in Holtwick anlässlich der Jahresversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereines Osterwick berichtet habe. Er habe eine entsprechende Presseberichterstattung hierzu vermisst und stellte die Frage, ob dies noch nachgeholt werden könne.

Nach Ende der öffentlichen Sitzung wurde die Sitzung von 21.00 Uhr bis 21.10 Uhr für eine Pause unterbrochen .

Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters  
Schriftführer/in